



Das Rentenelend nimmt seinen Lauf

730 Euro erhielten Rentner/innen durchschnittlich nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen im Jahr 2014 als ausgezahlte Rente (Nettorente). Diese magere Rente soll noch weiter sinken.

- **Wer 8,83 Euro** Mindestlohn bekommt, müsste **60 Jahre** arbeiten, um auf eine Nettorente in Höhe der Grundsicherung von **754 Euro** zu kommen (404 Euro Regelsatz plus 350 Euro Warmmiete). Nach 40 Arbeitsjahren bekäme man nur 540 Euro.
- Bei **10 Euro** Lohn bräuchte man **52 Jahre**. Nach 40 Arbeitsjahren gäbe es 612 Euro.
- Erst bei einem Mindestlohn von **13,35 Euro** läge man nach **40 Arbeitsjahren** knapp über dem Betrag von 754 Euro Grundsicherung.

Wer unterdurchschnittlich verdient, länger Teilzeit gearbeitet hat, wer ausgesetzt hat oder arbeitslos war, wird unter die Grundsicherung fallen und auf staatliche Fürsorge angewiesen sein. Viele Millionen Rentner werden davon betroffen sein.

Das Rentendesaster hat sich herumgesprochen und erzeugt Wut. Es ist ein Grund dafür, dass bald die Mehrheit nicht mehr wählen geht und die Restwähler den Parteien weglafen, die das Elend verursacht haben.

Dadurch aufgeschreckt forderten jetzt die Parteichefs Seehofer und Gabriel eine neue Rentende-
batte und beauftragten Ministerin Nahles mit neuen Reformen.

Leider ist davon nicht viel zu erwarten.

- **Eine** "solidarische Leistungsrente" soll kommen. Wer 35 Versicherungsjahre hat, aber unterdurchschnittlich verdiente, soll 30 Entgelt-
punkte bekommen. Das ergäbe z. Zt. eine Nettorente von 789 Euro, 35 Euro mehr als die Grundsicherung. Sinkt die Rente wie geplant auf nur noch 43 % des Nettolohns, sänken auch die „solidarischen Leistungsrentner“ unter die Grundsicherung.
- Soloselbständige, d. h. kleine Selbständige, wie z.B. die früheren Ich-AGs, sollen verpflichtet werden, in die Rentenkasse einzuzahlen. Sie haben jedoch meist niedrige Ein-



kommen. Es wird ihnen kaum gelingen so viel einzuzahlen, dass ihre Rente das Niveau der Grundsicherung übersteigt.

- Die Riester-Renten und Betriebsrenten sollen verbessert werden, um den Anreiz zu erhöhen, über die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung hinaus mehr Geld für die Rente aufzuwenden.

Mit diesen Plänen setzt die Regierung ihre bisherige Rentenpolitik unverändert fort. Es ist nicht vorgesehen, die Rentensenkungsfaktoren zurückzunehmen. Nach wie vor sollen die Renten bis 2030 auf 43 % des Nettolohns gesenkt werden. Es wird sogar ernsthaft diskutiert, die Riester-Rente zur Pflicht zu machen, statt sie abzuschaffen.

Wohin die Reise gehen soll, hat die Zunft der deutschen Ökonomen im Juni 2016 deutlich aufgezeigt. 61 % der befragten Wirtschaftswissenschaftler fordern ein höheres Renteneintrittsalter als 67 Jahre; 35 % befürworten eine weitere Senkung der Renten und ca. 50 % wollen die private Vorsorge zur Pflicht machen (CESifo, Ergebnis Ökonomenpanel Juni 2016).

Regierung und bürgerliche Wissenschaft handeln konsequent im Interesse der Kapitalistenklasse. Die ist nicht in der Lage, über den Arbeitslohn eine Rente zu finanzieren, die den Lebensstandard im Alter sichert.

b.w.

Rhein-Main-Bündnis
gegen Sozialabbau und Billiglöhne

Wie könnte eine Rentenreform aussehen, die im Interesse der Werktätigen ist?



Ziel muss sein eine Rente zu schaffen, die den **Lebensstandard sichert**. Ein Niveau von 70 Prozent des Nettolohns hielt man dazu immer für nötig. Diese Rente muss mit **40 Arbeitsjahren** erwirtschaftet werden können. Die heutige Standardrente mit ihren 45 Arbeitsjahren ist völlig unrealistisch, denn die durchschnittliche Lebensarbeitszeit liegt bei 35,7 Jahren (2014).

Das Ziel, 70 % des Nettolohns nach 40 Arbeitsjahren, ist allein über den Arbeitslohn nicht zu erreichen. Eine solche Standardrente würde nach heutigem Stand einen Durchschnittslohn von mehr als 23 Euro brutto pro Stunde erfordern.

Gleichzeitig muss, um Altersarmut zu vermeiden, eine **Mindestrente** eingeführt werden, die mindestens **1.100 Euro brutto bzw. 983 Euro netto** beträgt.

Es ist richtig, höhere Löhne zu fordern und dafür zu kämpfen. Dass aber ein höherer gesetzlicher Mindestlohn eine Mindestrente oberhalb der Grundsicherung sichert, ist falsch. So schrieb die Linkspartei 2011: „Allein durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn könnte für alle Beschäftigten eine feste Mindestgrenze für durch Beiträge erworbene Rentenansprüche gewährleistet werden“ (Beschluss des Parteivorstands). Das stimmt bei 8,50 Euro nicht, nicht bei 10 Euro und selbst bei 12 Euro Mindestlohn käme man nach 40 Versicherungsjahren nur auf eine Bruttorente von 821 Euro. Also weit unter 1100 Euro und mit 735 Euro netto bliebe man mit dieser Rente immer noch unter der heutigen Grundsicherung.

Die oben genannten Ziele wären nur zu erreichen, wenn die ganze Gesellschaft zur Finanzierung der Renten herangezogen würde. Dabei sind zwei Wege denkbar:

1. Alle Bürger zahlen aus ihren Einkommen den gleichen prozentualen Beitrag zur Rentenversicherung. Es gibt keine Beitragsbemessungsgrenze mehr. Die Rentenhöhe ist aber nach oben begrenzt, z.B. auf 2700 Euro brutto. Damit würden auch die Reichen in die Rentenkasse integriert. Sie zahlen mehr ein als sie herausbekämen. Damit wäre Geld da, um niedrigere Renten aufzustoocken.

2. Die Renten würden in höherem Maß über die Steuereinnahmen des Staates angehoben. Das setzt voraus, dass höhere Einkommen deutlich stärker besteuert werden als bisher. Auch so würden die Reichen zur Finanzierung beitragen.

Beide Varianten stoßen bei den Kapitalisten und Reichen auf heftige Ablehnung, haben sie doch die Rentenkürzungen durchgesetzt, um ihre Kapitalverwertung und ihre Position im internationalen Konkurrenzkampf zu verbessern. Jede Zwangsabgabe zur Verbesserung des Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen, die zu ihren Lasten geht, bekämpfen sie heftig. Eine Lebensstandard sichernde Rente und eine Mindestrente oberhalb der Grundsicherung durchzusetzen, wäre nur bei schärfstem Kampf gegen die Interessen des Kapitals und einem hohen Organisationsgrad zu erreichen.

- **Mindestrente von 1.100 Euro brutto**
- **Nettorente nach 40 Erwerbsjahren in Höhe von 70 % der letzten Nettolöhne**
- **Rentenzugang mit 60 Jahren**

Ausführlich ist unsere Position dargelegt in dem Artikel „Rentendesaster“ auf unserer Webseite www.rmb-ffm.de

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- DIE LINKE Kreisverband Aschaffenburg und bayerischer Untermain
- Klartext.e.V.
- Labournet e.V.
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)
- Tacheles e.V.

Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht!
Kostenlose Flugblätter bestellen über DVS Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt; info@dvs-buch.de

September 2016

V.i.S.d.P.: Tobias Weißert, Gebeschusstr. 56, 65929 Frankfurt am Main, info@rmb-ffm.de

Rhein-Main-Bündnis
gegen Sozialabbau und Billiglöhne